

Antrag

der Abg. Beate Fauser u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Wirtschaftsministeriums

Strukturelle Benachteiligung mittelständischer Handwerksbetriebe

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie viele Projekte in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg von der öffentlichen Hand an Generalunternehmer übergeben wurden;
2. wie oft Großprojekte nach einzelnen Gewerken vergeben werden;
3. wie viele Subunternehmer aus den neuen EU-Staaten derzeit in Baden-Württemberg im Baugewerbe beschäftigt sind;
4. wie hoch der Marktanteil von Bauunternehmen aus den neuen Bundesländern in Baden-Württemberg ist;
5. wie viele Insolvenzen baden-württembergischer Handwerksbetriebe es in den letzten fünf Jahren gab;
6. wie sich die Gewinnsituation von Handwerksbetrieben in den letzten fünf Jahren durchschnittlich entwickelt hat;
7. wie sich die Zahl der Auszubildenden in der Branche der Fliesen- und Mosaikleger in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg entwickelt hat;
8. wie sich die Schwarzarbeit in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg entwickelt hat;

9. wie sich die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren entwickelt hat.

24. 07. 2008

Fauser, Dr. Rülke, Kluck,
Chef, Kleinmann FDP/DVP

Begründung

Der wirtschaftliche Aufschwung in Baden-Württemberg in den letzten drei Jahren ist vornehmlich exportgetrieben. Dank unserer potenten mittelständischen Wirtschaft konnten Arbeitsplätze neu geschaffen und Wachstum erzielt werden. Dieser Aufschwung ist leider kaum bei den Handwerksbetrieben angekommen. Das Handwerk kämpft mit zuviel Bürokratie. Die Selbstausbeutung in Familienbetriebe ist evident. Es muss deshalb geprüft werden, wie durch Bürokratieabbau und Kostenentlastung die wichtigen mittelständischen Strukturen im Handwerk unterstützt werden können.

Unter anderem die Mosaik- und Fliesenleger leiden unter der Aufhebung des Meisterzwangs. Darüber hinaus hat sich der Anschluss der Meisterprüfung direkt an die Gesellenzeit nicht bewährt, da vielen jungen Leuten anschließend die Fachpraxis für eine Existenzgründung fehlt.

Obwohl die öffentliche Hand als Auftraggeber mit gutem Vorbild vorangehen sollte, klagt das Handwerk darüber, dass von einzelnen Kommunen und Kreisen fällige Zahlungen bis zu vier Monaten verschleppt werden.

Da das Handwerk eine zentrale Säule unserer Wirtschaft ist, muss sich die Politik überlegen, wie die derzeit prekäre Lage des Handwerks wieder verbessert werden kann.

Stellungnahme*)

Mit Schreiben vom 24. September 2008 Nr. 3-4230.0/571 nimmt das Wirtschaftsministerium zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. wie viele Projekte in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg von der öffentlichen Hand an Generalunternehmer übergeben wurden;

Im Berichtszeitraum wurden 24 Projekte des Landesbetriebes Vermögen und Bau Baden-Württemberg an Generalunternehmer vergeben, darunter 10 Investorenbaumaßnahmen. In jedem Einzelfall waren die Voraussetzungen für eine Ausschreibung im Wege der Leistungsbeschreibung mit Leistungsprogramm gem. § 9 Nr. 15 ff. VOB/A und der Nr. 4.3 der Mittelstandsrichtlinien für öffentliche Aufträge erfüllt.

Den kommunalen Spitzenverbänden liegt kein Datenmaterial zu dieser Frage vor. Nach Auffassung des Innenministeriums kann im kommunalen Bereich ein Trend zur Beauftragung von Großunternehmen nicht festgestellt werden.

2. wie oft Großprojekte nach einzelnen Gewerken vergeben werden;

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Großprojekte (Baumaßnahmen ab einem Auftragswert von 1,25 Mio. Euro) des Landesbetriebes Vermögen und Bau Baden-Württemberg werden in der Regel nach Gewerken vergeben. Im Berichtszeitraum waren dies 245 Projekte.

Den kommunalen Spitzenverbänden liegt kein Datenmaterial zu dieser Frage vor.

3. wie viele Subunternehmer aus den neuen EU-Staaten derzeit in Baden-Württemberg im Baugewerbe beschäftigt sind;

Die Herkunft von Subunternehmern ist nicht zu melden und wird auch nicht erfasst.

4. wie hoch der Marktanteil von Bauunternehmen aus den neuen Bundesländern in Baden-Württemberg ist;

Nach den Erfahrungen des Landesbetriebes Vermögen und Bau Baden-Württemberg werden rund 80 % der Bauaufträge im Wettbewerb an Unternehmen aus der jeweiligen Region, in der die Baustelle liegt, vergeben. Von den restlichen ca. 20 % kommen die Auftragnehmer zu jeweils rund einem Drittel aus anderen Regionen des Landes Baden-Württemberg, den neuen Bundesländern und den anderen alten Bundesländern. Nur ganz vereinzelt kommt auch einmal ein Auftragnehmer aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zum Zuge.

5. wie viele Insolvenzen baden-württembergischer Handwerksbetriebe es in den letzten fünf Jahren gab;

Die betreffenden Daten wurden erstmals für das Jahr 2004 erhoben. Laut Angaben des Statistischen Landesamts waren in den wirtschaftsschwachen Jahren 2004 und 2005 795 und 722 *zulassungspflichtige* Handwerksbetriebe von Insolvenz betroffen.

Im Jahr 2006 waren es 359 und im Jahr 2007 243 Fälle.

Bei den Angaben muss berücksichtigt werden, dass die Feststellung von Insolvenzfällen zwar durch die Amtsgerichte erfolgt, nicht aber die Zuordnung der Unternehmen nach deren Handwerkseigenschaft. Diese wird grob vom Statistischen Landesamt mithilfe des Unternehmensregisters vorgenommen. Da zudem im Allgemeinen Kleinbetriebe (< 17.500 € Jahresumsatz) im Unternehmensregister nicht aufgeführt sind, sind kleinere insolvente Handwerksbetriebe nicht in den obigen Insolvenzzahlen aufgeführt.

6. wie sich die Gewinnsituation von Handwerksbetrieben in den letzten fünf Jahren durchschnittlich entwickelt hat;

Hierzu liegen keine Daten vor.

7. wie sich die Zahl der Auszubildenden in der Branche der Fliesen- und Mosaikleger in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg entwickelt hat;

Die Ausbildungsstatistik gibt folgende Werte:

Im Jahr 2003:	524 Auszubildende, davon	124 im ersten Ausbildungsjahr
Im Jahr 2004:	417 Auszubildende, davon	64 im ersten Ausbildungsjahr
Im Jahr 2005:	428 Auszubildende, davon	78 im ersten Ausbildungsjahr
Im Jahr 2006:	412 Auszubildende, davon	75 im ersten Ausbildungsjahr
Im Jahr 2007:	451 Auszubildende, davon	90 im ersten Ausbildungsjahr

8. wie sich die Schwarzarbeit in den letzten fünf Jahren in Baden-Württemberg entwickelt hat;

Nach den Untersuchungen des Schattenwirtschaftsexperten Professor Friedrich Schneider und dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW) Tübingen geht die Schwarzarbeit in Deutschland insgesamt seit 2003 stetig zurück. Lag das Verhältnis von Schattenwirtschaft und offizieller Wirtschaft gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2003 noch bei 17,1 %, 2005 bei 15,4 % und 2006 bei 14,9 %, so lag es 2007 bei 14,7 %. Für das Jahr 2008 werden noch 14,2 % prognostiziert.

Ausschlaggebend für diese Entwicklung waren der beträchtliche Rückgang der Arbeitslosigkeit und die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen sowie von haushaltsnahen Dienstleistungen.

Für Baden-Württemberg liegen keine speziellen Angaben vor. Jedoch stellt eine Untersuchung des IAW aus dem Jahr 2000 in Zusammenarbeit mit Herrn Professor Schneider fest, dass sich die Schwarzarbeit in Baden-Württemberg damals mit den gleichen Tendenzen wie im Bund entwickelte.

9. wie sich die Zahlungsmoral der öffentlichen Hand in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren entwickelt hat.

In den letzten fünf Jahren ist kein Fall bekannt geworden, in welchem der Betrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg fällige Zahlungen nicht fristgerecht geleistet hätte. Soweit Vorwürfe erhoben wurden, handelte es sich regelmäßig um Einbehalte wegen Schlechtleistung. Lässt sich in einem solchen Fall ein unstreitiger Teil abgrenzen, wird er gem. § 16 Nr. 3 Abs. 1 VOB/B ausbezahlt.

Nach einer bundesweiten Umfrage des Betriebswirtschaftlichen Instituts der Bauindustrie Düsseldorf (BWI-Bau) aus dem Jahr 2007 sind die säumigsten Zahler unverändert die Deutsche Bahn AG und die öffentliche Hand. Allerdings wurden Abschlags- und Schlussrechnungen von der öffentlichen Hand 2007 im Schnitt rd. 2 bis 3 Tage schneller beglichen als noch im Jahr 2004. Bei der Auswertung nach Regionen ergibt sich, dass die Region Südwest (Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland) im Hinblick auf alle Auftraggeber am besten abschneidet. Auch die öffentliche Hand liegt hier besser als der Bundesdurchschnitt.

Pfister
Wirtschaftsminister